

2.4 Wirtschaftssysteme – Marktmodelle

Als Wirtschaftssystem bezeichnet man die Beziehungen, wie in einer Volkswirtschaft Unternehmen, private Haushalte, Staat und weitere Wirtschaftssubjekte, wie Banken, zusammenwirken (siehe auch Seite 17). In Deutschland hat sich nach dem II. Weltkrieg das System der *sozialen Marktwirtschaft* herausgebildet, es liegt zwischen den beiden Extremformen *Planwirtschaft* und *freier Marktwirtschaft*. Als sein Begründer gilt Ludwig Erhard, der erste Bundeswirtschaftsminister der Bundesrepublik. Das Grundgesetz schreibt dieses System nicht vor, es setzt aber in den Grundrechten Maßstäbe, die am besten von einer Marktwirtschaft mit sozialstaatlichen Eingriffen in den Markt erfüllt werden. Das Wirtschaftssystem wird also auch durch die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt.

2.4.1 Freier Markt

Kennzeichen eines freien Marktes sind:

- Allein Angebot und Nachfrage steuern das Wirtschaftsgeschehen, es herrscht Konkurrenz an allen Märkten.
- Die Unternehmen bestimmen uneingeschränkt über ihre Produktionsmittel, nicht nur über Boden und Kapital, sondern auch über die Arbeit.
- Der Staat verzichtet auf Eingriffe in dieses freie Spiel der Marktkräfte oder er ist zu schwach, um sich gegen egoistische Einzelinteressen durchzusetzen.
- Dieses System funktioniert nur, wenn alle Partner am Markt, also Unternehmen und private Haushalte, gleichgewichtig sind. Erst dann können sich Preise am Markt frei bilden. Das gilt für Sachgüter und Dienstleistungen wie auch für Löhne.
- Diese Form des Wirtschaftssystems gab es in der Geschichte in seiner Reinform zu keiner Zeit, denn früher
 - griff die Obrigkeit durch starre Vorschriften in das Wirtschaftssystem ein,
 - regelten die Zünfte der Handwerker den Zugang zu Berufen, aber auch die Qualität und Preise der Erzeugnisse.

Erst der im 19. Jahrhundert erstarkende Liberalismus setzte einen freien Markt gegen die Obrigkeit durch. Er wollte damit den Klassenstaat beseitigen und allen Menschen freien Zugang und gleiche Rechte am Markt einräumen. Das hat aber zu einer Verelendung derjenigen Menschen geführt, die nur ihre Arbeitskraft und keine Produktionsmittel besaßen. Sie wurden zu besitzlosen Proletariern.

In Deutschland waren im 19. Jahrhundert die zahlreichen Einzelstaaten schwach und konnten deshalb keine sozialen Schutzmaßnahmen durchsetzen. Erst das 1871 gegründete Deutsche Reich linderte mit der Einführung der gesetzlichen Sozialversicherungen die Not der Proletarier, ließ aber den freien Wettbewerb bei Löhnen und Preisen weiterhin zu. Dies führte infolge der Industrialisierung zu einer Übermacht der Unternehmen. Die Löhne stagnierten jedoch, denn durch ein hohes Bevölkerungswachstum konnte sich kein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt einstellen.

2.4.2 Zentralverwaltungswirtschaft

In der Zentralverwaltungs- oder Planwirtschaft lenkt allein der Staat die Wirtschaft. Das setzt voraus, dass der Staat

- Eigentümer aller Produktionsmittel ist, also alle Betriebe in Staatsbesitz sein müssen.
- die Produktion aller Güter und Dienstleistungen plant und, meist mit 5-Jahres-Plänen, Angebot und Nachfrage steuert.
- die Löhne und Preise festlegt.

Das Modell dieser Planwirtschaft berief sich auf die Theorien von Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin. Es existierte nur in kommunistischen bzw. sozialistischen Ländern und ist mit deren Niedergang bis auf sehr wenige Ausnahmen, wie z.B. Nordkorea oder Kuba, verschwunden.

2.4.3 Soziale Marktwirtschaft

Die Erfahrungen aus dem ungezügelter Kapitalismus des 19. Jahrhunderts sowie die in Folge verursachten Krisen und Kriege haben die Verfassungsgründer der Bundesrepublik nach dem II. Weltkrieg bewogen, einen Weg zwischen den beiden Extremen zu suchen. Die so in den Grundrechten des Grundgesetzes festgelegten Freiheits- und Schutzrechte lassen sich entsprechend am besten in einer Marktwirtschaft verwirklichen und sichern, die durch starke soziale Komponenten eingeschränkt ist.

Ziel ist es, eine größtmögliche Freiheit der Menschen in einer Gesellschaft zu garantieren, in der der Staat für Wohlstand, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich sorgt. Unternehmen und Arbeitnehmer verstehen sich in einer solchen Wirtschaftsordnung als Sozialpartner. Der Staat liefert ihnen hierzu nur die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie ihre Interessen vertreten können.

Das lässt sich erreichen, indem der Staat

- die Koalitionsfreiheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer garantiert,

- eine aktive Wirtschaftspolitik betreibt (siehe Abschnitt 2.5.2 *Staatseingriffe*),
- den Wettbewerb durch Gesetze sichert,
- die Vertragsfreiheit schützt,
- für soziale Sicherung der Bürger sorgt,
- die Umverteilung durch steuerliche Maßnahmen und einen Transfer vornimmt,
- eine aktive Strukturpolitik betreibt.

Dieses Modell war in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit sehr erfolgreich und hat den Menschen einen noch nie dagewesenen Wohlstand beschert. Gefahren drohen diesem System heutzutage jedoch durch

- die Grenzen des Wachstums, wie sie sich beispielsweise anhand von Umweltverschmutzung und knapper werdenden Ressourcen zeigen,
- die globale Verflechtung der Wirtschaft,
- die Bildung von multinationalen Konzernen,
- ungleiche Vermögensverteilung,
- das Erstarken unkontrollierter Finanzmärkte.

So betrug der Kapitalumsatz der Finanzmärkte 2012 ein Mehrfaches des Kapitalumsatzes der Realwirtschaft.

	Realwirtschaft	Finanzwirtschaft
Leistung der Weltwirtschaft 2012	Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen ca. 80.000 Mrd. €	Summe der gehandelten Geldkapitalmengen ca. 500.000 Mrd. €

Dies kann zu globalen Krisen führen, denn in der Finanzwirtschaft werden keine Güter und Dienstleistungen von Unternehmen und Arbeitnehmern produziert, sondern an den Börsen ausschließlich große Geldkapitalmengen gehandelt, z. B. Wertpapiere oder sogenannte Derivate. Sie basieren aber nicht auf realen Gegenwerten, so wie es bei den Produktionsfaktoren der Fall ist.

Das System der sozialen Marktwirtschaft funktioniert bisher nur in wenigen Ländern zufriedenstellend, so insbesondere in denen, die sich zur Europäischen Union (EU) zusammengeschlossen haben. Auf die Weltwirtschaft haben weder Deutschland noch die EU einen wirksamen Einfluss, sodass die soziale Marktwirtschaft vor allem durch Einflüsse von außen bedroht ist.

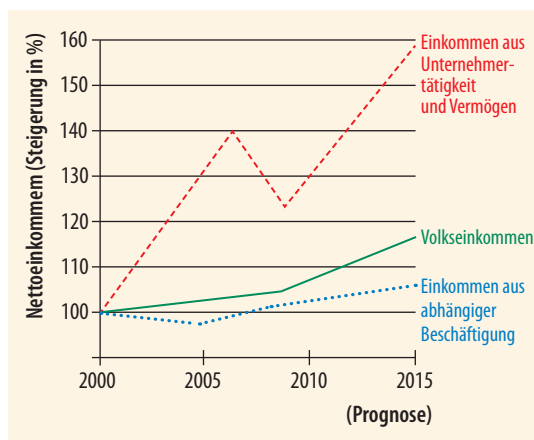
Anspruch und Wirklichkeit der sozialen Marktwirtschaft

Seit seiner Einführung 1949 in Deutschland hat das System der sozialen Marktwirtschaft den Menschen einen breit verteilten Wohlstand und soziale Sicherheit beschert. Es konnte aber dennoch eine Reihe an Entwicklungen und Auswüchsen nicht verhindern, die von den Menschen zunehmend kritischer betrachtet werden.

Da dem Staat als regulierende Größe in diesem System eine wichtige Bedeutung zukommt, muss er immer stärker eingreifen, um den sozialen Ausgleich herzustellen. So stieg beispielsweise die Sozialquote (= die Sozialausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP)) von 20 % im Jahr 1960 auf knapp 35 % im Jahr 2013. Ebenso die Einkommens- und Vermögensverteilung zeigt eine wachsende Diskrepanz zwischen arm und reich. Ursachen dafür sind nach Ansicht von Analysten

- das seit Jahren nur gering steigende Realeinkommen von abhängig Beschäftigten,
- der sich stark vergrößernde Unterschied zwischen dem Durchschnittseinkommen und den Spitzeneinkommen,
- die lineare Besteuerung von Kapitaleinkünften mit 25 % der Zinsen im Vergleich zur Progression bei den Steuern auf Arbeitseinkommen,
- eine im europäischen Vergleich niedrige Erbschaftsteuer,
- eine im europäischen Vergleich niedrige Besteuerung von Kapitalgesellschaften mit einer linearen Körperschaftsteuer von 25 %; das trug 2012 mit 4 % zum gesamten Steueraufkommen bei.

Es ist eine politische Aufgabe, durch gesetzliche Maßnahmen den Anspruch des Systems der sozialen Marktwirtschaft zu sichern.



Aufgaben**Offene Aufgaben**

Formulieren Sie Ihre Antworten in Stichpunkten und vermeiden Sie es, auf den vorhergehenden Seiten nachzusehen.

- 1 Stellen Sie die kennzeichnenden Unterschiede von freier Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft gegenüber.
- 2 Begründen Sie, warum zu keiner Zeit eine freie Marktwirtschaft in der Reinform existierte.
- 3 Erläutern Sie, welcher Zusammenhang zwischen einem Gesellschaftssystem und der Wirtschaftsordnung besteht.
- 4 Nennen Sie Gründe, die für die Einführung des dritten Wegs einer Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, entscheidend waren.
- 5 Suchen Sie aus dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes Artikel mit marktwirtschaftlichen und mit sozialen Inhalten heraus.
- 6 Legen Sie dar, warum ein verstärkter Umweltschutz die soziale Marktwirtschaft gefährden kann.
- 7 Nennen Sie Gefahren, die der Marktwirtschaft durch einen aufgeblähten Finanzmarkt drohen.

Die Lösungen zum Überprüfen Ihrer Antworten finden Sie auf Seite 151.
Beantworten Sie nun die Multiple-Choice-Fragen.



1. In einer freien Marktwirtschaft

- 1 regeln nur Angebot und Nachfrage das ganze Wirtschaftsgeschehen.
- 2 gibt der Staat die Wirtschaftsziele vor.
- 3 sorgt der Staat durch Gesetze für freien Wettbewerb.
- 4 hat jeder die Chance, sich frei zu entfalten.
- 5 sind Steuern und Abgaben abgeschafft.

2. Eine freie Marktwirtschaft bestand/ besteht

- 1 in den USA.
- 2 in Europa im Mittelalter.
- 3 in der DDR bis zu ihrem Ende 1989.
- 4 in Deutschland von 1945 bis 1949.
- 5 zu keiner Zeit und in keinem Land.

3. Kennzeichen einer Zentralverwaltungswirtschaft ist unter anderem

- 1 ein sozialer Ausgleich.
- 2 ein staatlicher Mehrjahresplan.
- 3 eine Kollektivierung der Landwirtschaft.
- 4 der freie Im- und Export.
- 5 die Besteuerung von privaten Unternehmen.

4. Die soziale Marktwirtschaft ist

- 1 eine Forderung im Grundgesetz.
- 2 durch Volksabstimmung eingeführt worden.
- 3 nur in Deutschland möglich.
- 4 der Versuch, Markt und Sozialsystem zu verbinden.
- 5 das heute einzig mögliche Wirtschaftssystem.

5. Wer gilt als Begründer der sozialen Marktwirtschaft?

- 1 Karl Marx
- 2 Lenin
- 3 Ludwig Erhard
- 4 Bismarck
- 5 Kaiser Wilhelm II.

6. Was ist mit einer sozialen Marktwirtschaft unvereinbar?

- 1 Gesetze zum Schutz des Wettbewerbs
- 2 Vermögenssteuern
- 3 progressive Einkommensteuern
- 4 Umweltschutzaufgaben
- 5 staatliche Vermögensobergrenzen

7. Welche Erscheinungen können die soziale Marktwirtschaft gefährden?

- 1 strenge Umweltschutzaufgaben
- 2 globale Wirtschaftstätigkeit
- 3 ungleiche Vermögensverteilung
- 4 staatliche Mindestlöhne
- 5 demografische Entwicklung

8. Die Finanzwirtschaft

- 1 trägt zum sozialen Ausgleich bei.
- 2 bläht die Geldmenge auf.
- 3 finanziert die Realwirtschaft.
- 4 bestimmt das Zinsniveau.
- 5 fördert den Wettbewerb.

9. Ein staatlicher Eingriff in die Wirtschaft ist dann sozial, wenn er

- 1 das Steuersystem vereinfacht.
- 2 das Wachstum in allen Bereichen fördert.
- 3 den Wettbewerb lenkt.
- 4 Rechte wirtschaftlich Schwacher sichert.
- 5 Kapital niedriger besteuert als Arbeitseinkommen.

Die Lösungen finden Sie auf Seite 151.

2.5 Steuerung der Wirtschaftstätigkeit

Das mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 eingeführte System der sozialen Marktwirtschaft hat in Deutschland zu einem großen Massenwohlstand geführt. Obwohl die soziale Marktwirtschaft dem Markt, an dem sich die Preise für Sachgüter und Dienstleistungen durch Angebot und Nachfrage regeln, größtmögliche Freiheiten lässt, kommt dem Staat dennoch eine wichtige aktive Funktion zu. Denn bedingt durch den Wettbewerb der Marktbeteiligten, aber auch durch externe Einflüsse der Weltwirtschaft, kann auf Dauer kein stabiles Gleichgewicht am Markt herrschen. Da diese Wirtschaftsordnung aber weder ein statisches noch ein sich selbst regulierendes System ist, greift der Staat als ordnende Hand in das Wirtschaftsgeschehen ein. Diese regulierenden staatlichen Eingriffe in das System der sozialen Marktwirtschaft haben die Bewältigung von drei Kernaufgaben zum Ziel:

Marktwirtschaftliche Grundregeln schützen.	Störungen von innen und außen mildern und beseitigen.	Soziale Korrekturen zugunsten der Schwächeren vornehmen.
Beispielsweise durch <ul style="list-style-type: none"> • Verbraucherschutzgesetze, • Sicherung des freien Handels innerhalb der EU, • Interventionen auf EU-Ebene, wie die Anregung von Strafzöllen für Importwaren zu Dumpingpreisen aus dem EU-Ausland. 	Beispielsweise durch <ul style="list-style-type: none"> • finanzielle Förderung struktur-schwacher Regionen, • direkte Hilfen bei Naturkatastrophen, • Finanzhilfen zur Stützung überschuldeter EU-Partner, • Schutz des Gemeinwohls vor egoistischen Einzelinteressen. 	Beispielsweise durch <ul style="list-style-type: none"> • ausgleichende Steuerpolitik mit Freibeträgen und Progression, • Grundsicherung für Rentner, Langzeitarbeitslose usw., • direkte und indirekte Förderung von Familien.

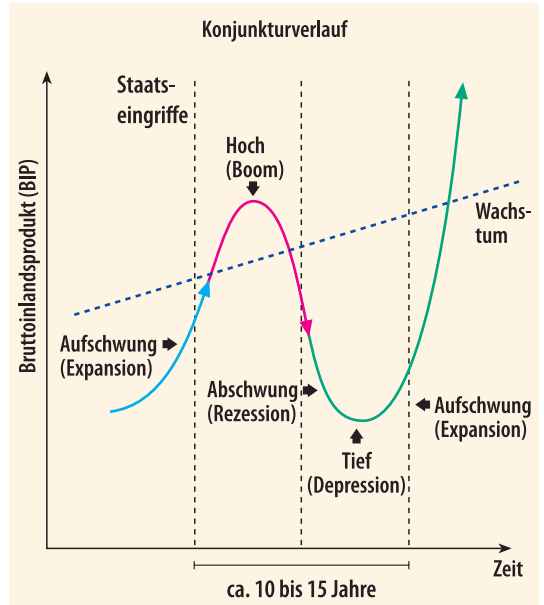
Ursprünglich war „Wohlstand für alle“ das oberste Ziel der sozialen Marktwirtschaft. Die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft mit ihren Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland macht es aber zunehmend schwieriger, dieses Ziel mit den drei Kernaufgaben zu erreichen. So hat die Steuerpolitik die zunehmend ungleiche Verteilung von Vermögen nicht verhindern können.

2.5.1 Konjunkturverlauf

Alle Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen können aber nicht verhindern, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) regelmäßigen Schwankungen unterliegt.

Das BIP ist die Summe aller Sachgüter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft zu Marktpreisen. Es betrug im Jahr 2012 in Deutschland ungefähr 3.600 Milliarden Euro.

Diese Schwankungen des BIP – in Form von Zu- und Abnahme innerhalb regelmäßiger Zyklen – werden als **Konjunkturverlauf** bezeichnet.



Der Staat kann den Konjunkturverlauf punktuell kurzfristig beeinflussen durch

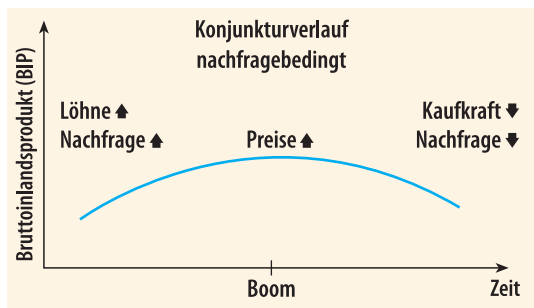
- steuerpolitische Maßnahmen, z. B. Steuerfreiheit für Elektroautos,
- direkte Eingriffe, z. B. Beteiligung an notleidenden Banken,
- Förderung erwünschter Entwicklungen, z. B. Subventionen von Ökostromanlagen, Abwrackprämien für Altfahrzeuge.

Schwankungen innerhalb des Konjunkturverlaufs

Schwankungen innerhalb des Konjunkturverlaufs lassen sich nach Ursache und Dauer unterscheiden.

1. Nachfragebeeinflusster Konjunkturverlauf mit einem Zyklus von 3–4 Jahren

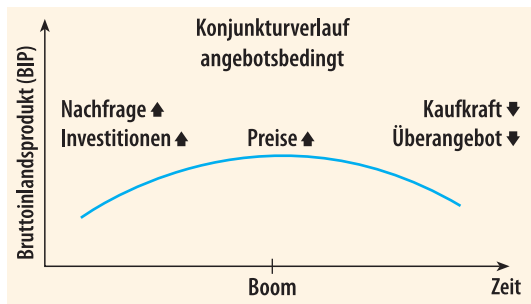
Die Ursachen für diese Schwankungen sind vielfältig. So steigen z.B. bei einem Aufschwung nach einer Depression die Preise, weil das Angebot der Nachfrage hinterherhinkt. Die Unternehmen stellen jetzt in Erwartung größerer Gewinne mehr Güter und Dienstleistungen bereit. Bis diese aber auf den Markt kommen, ist die Konjunktur bereits „überhitzt“, die Verbraucher sparen in Erwartung „schlechter Zeiten“, die Nachfrage sinkt. Es werden weniger Arbeitskräfte benötigt, die Arbeitslosigkeit steigt und damit sinkt die Nachfrage beschleunigt, weil Arbeitslose weniger Geld für ihre Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung haben.



2. Investitionsbeeinflusster Konjunkturverlauf mit einem Zyklus von ungefähr 10 Jahren.

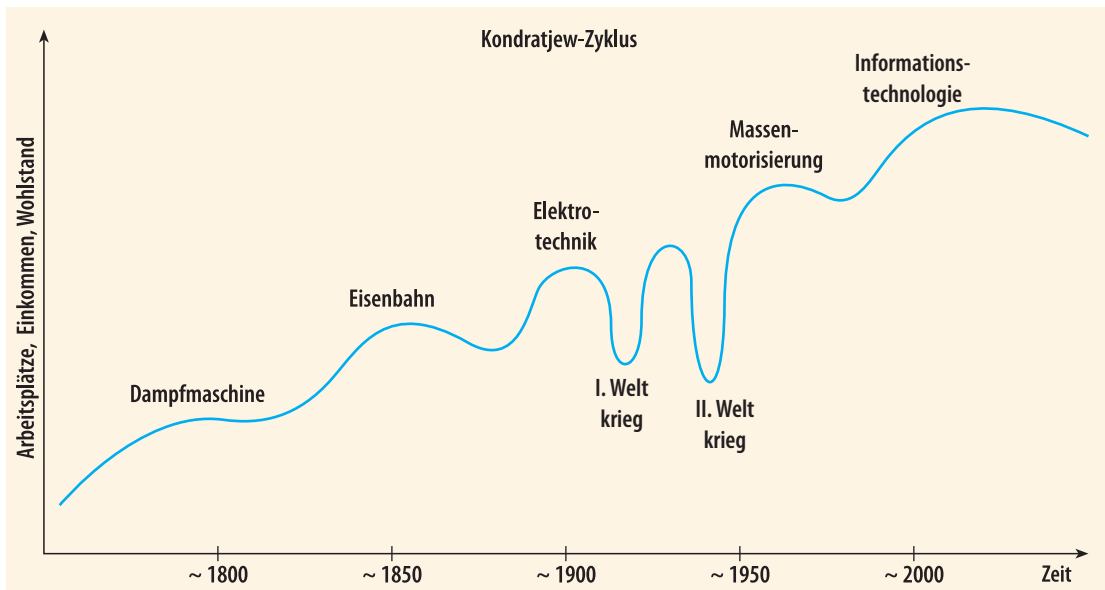
In diesem Abstand erneuern Unternehmer in der Regel ihre Produktionsanlagen, weil sie abgeschrieben sind und durch neue, leistungsfähigere Maschinen

und Anlagen ersetzt werden, um die Produktionskosten zu senken. Diese Nachfrage führt zu einem Boom, der in eine Rezession übergeht, wenn die Anlagen erneuert sind. Dieser Zyklus betrifft primär die Investitionsgüterindustrie.



3. Kondratjew-Zyklus mit einem Boom etwa alle 50 Jahre

Er wird durch die tief greifenden technologischen Innovationen gesteuert, die zu einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaft führen. Das bedeutet, der technische Fortschritt bringt völlig neue Güter und Dienstleistungen, verbunden mit einer radikalen Veränderung der Produktionsweise, auf den Markt. Unternehmen investieren in eine völlig neue Technik, was zu einem steilen Anstieg des BIP führt. Haben sich dann die Innovationen durchgesetzt, sinkt die Nachfrage und es kommt zu einer Depression. Gleichzeitig wird in der Wirtschaft aber bereits wieder an neuen Innovationen gearbeitet, die den nächsten Boom auslösen können.



Neben diesen grundlegenden Schwankungen existieren noch **saisonal-kurzfristige Schwankungen**. Sie sind vor allem jahreszeitlich bedingt. So steigt naturgemäß der Absatz von Winterbekleidung im Herbst, der von Fahrrädern im Frühjahr.

Trotz der Schwankungen zwischen Boom und Depression (siehe die Abbildung auf Seite 38) stieg in der Vergangenheit aber das BIP langfristig an. Nur Kriege und globale Krisen, wie die Finanzkrise, haben zu einem Rückgang des BIP geführt.

Der Staat hat die Aufgabe, die Schwankungen des BIP zu dämpfen, denn er ist

- durch das *Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft* (= Stabilitätsgesetz) dazu verpflichtet;
- an gleichmäßig fließenden Steuereinnahmen interessiert; und diese sinken bei Abschwung und Depression;
- verpflichtet, Defizite bei den gesetzlichen Sozialversicherungen durch Bundeszuschüsse auszugleichen; diese steigen in der Depression und betragen 2012 ca. 120 Mrd. Euro;
- zur langfristigen Daseinsvorsorge für die Bürger verpflichtet. Besonders der im Rahmen des Kondratjew-Zyklus auftretende Wandel hat zu gewaltigen Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur geführt: Die Agrargesellschaft wurde in eine Industriegesellschaft umgestaltet und befindet sich derzeit auf dem Weg zu einer Informationsgesellschaft;
- verpflichtet, die Rechtssicherheit zu wahren, denn Innovationen erfordern gesetzliche Regelungen im Zivil- und Strafrecht, beispielsweise benötigte die Einführung der Eisenbahn ein Eisenbahnbetriebsgesetz, so wie das Internet heutzutage ein neues Mediengesetz erforderlich macht.

2.5.2 Staatseingriffe: magisches Sechseck

Der Staat, aber auch Verbraucher und Unternehmen sind an einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht interessiert. Der Staat versucht, dies durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zu erreichen. Diese Maßnahmen widersprechen sich aber teilweise. Man spricht von diesen sich widersprechen-

den Maßnahmen bzw. gesamtwirtschaftlichen Zielen deshalb auch vom „**Magischen Sechseck**“.



Magisches Sechseck (— teilweise unvereinbar)

Es ist unmöglich, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen, es kommt zu Zielkonflikten. Herrscht im Boom Vollbeschäftigung, so

- sind stabile Preise wenig wahrscheinlich;
- wird die Umwelt durch hohe Produktionszahlen stärker belastet als in einer Depression;
- werden infolge der hohen Kaufkraft mehr Güter aus dem Ausland importiert.

Der Staat hat in den letzten Jahrzehnten Maßnahmen entwickelt, um in der Phase eines Booms die Nachfrage der Verbraucher nach Gütern und Dienstleistungen zu dämpfen und sie in einer Depression zu steigern. Im Prinzip stehen ihm dafür zur Verfügung:

- **nachfrageorientierte Maßnahmen**, z. B. im Boom die umlaufende Geldmenge durch Steuererhöhungen zu verringern und in der Depression die Massenkaufkraft durch Steuersenkungen zu erhöhen,
- **angebotsorientierte Maßnahmen**, z. B. die Unternehmen durch Steuersenkungen zu entlasten und durch Entbürokratisierung verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Wettbewerb zu steigern.

Zur Abschwächung der beiden extremen Konjunkturphasen haben sich folgende Maßnahmen bewährt:

Konjunkturphase	Boom	Depression
globales Ziel	Nachfrage dämpfen durch	Nachfrage steigern durch
Einzelmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Steuern • Schaffen von Sparanreizen, z. B. durch hohe Zinsen für Staatsanleihen • Senkung der Subventionen, z. B. für Windenergieanlagen • Senkung der Staatsausgaben, z. B. Großbauten zurückstellen • Erhöhen der Abschreibungsfristen für Wirtschaftsgüter, die Unternehmen investieren in der Folge weniger • Abbau der Staatverschuldung durch Tilgungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Senken der Steuern • Dämpfen der Sparanreize, z. B. durch Abschaffen von Bausparprämien • Erhöhen der Subventionen, z. B. Zuschüsse für Solaranlagen • Erhöhen der Staatsausgaben, z. B. Stadtanierungen fördern • Senken der Abschreibungsfristen für Wirtschaftsgüter, die Unternehmen werden zu Investitionen animiert • Erhöhen der Staatverschuldung durch Kreditaufnahme, um damit Investitionen zu fördern

Unterstützt wird der Staat dabei durch die Bundesbank und die Europäische Zentralbank (EZB). Beide sind wie der Staat verpflichtet, für ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu sorgen. Das können sie

im Boom durch	in einer Depression durch
<p>1. Erhöhen der Leitzinsen: Die Kreditzinsen steigen, die Unternehmen und Verbraucher verschulden sich weniger, die Nachfrage sinkt.</p>	<p>1. Senken der Leitzinsen: Die Kreditzinsen sinken, die Unternehmen und Verbraucher leihen sich von Banken „billiges“ Geld und investieren.</p>
<p>2. Erhöhen der Mindestreserven: Die Banken müssen mehr Geld bei der EZB hinterlegen, die Zinsen steigen, weil sie weniger Kredite herausgeben können.</p>	<p>2. Senken der Mindestreserven: Die Banken können hinterlegte Mindestreserven bei der EZB abrufen und so mehr Kredite herausgeben.</p>

Alle Maßnahmen, ob sie nun durch den Staat oder die EZB eingeleitet werden, können aber nicht verhindern, dass sich die Konjunktur weiter wellenförmig entwickelt und nur einzelne Ziele im magischen Sechseck priorisiert werden. Um zu erreichen, dass dies nicht so ist, müssten sich alle Unternehmen und Verbraucher auch konjunkturgerecht, also „antizyklisch“ verhalten. Das wird aber auch in Zukunft wenig wahrscheinlich sein, denn dann müssten die Verbraucher in Boom-Zeiten sparen und sich in einer Rezession oder Depression verschulden, um mehr konsumieren zu können.

Durch die steigende Staatverschuldung werden die Möglichkeiten für den Staat, auf die Wirtschaft Ein-

fluss zu nehmen, zunehmend geringer. Nimmt der Staat in einer Depression Kredite auf, um Investitionen zu tätigen, so erhöht das die Staatverschuldung weiter und ein noch größerer Teil der Steuereinnahmen muss für Zinsen aufgewendet werden. Die Zahlen des Bundeshaushalts 2012 zeigen den geringen finanziellen Spielraum des Bundes für Investitionen und damit für die Einwirkung auf die Konjunktur.

Arbeit und Soziales	126,1 Mrd. Euro
Bundesschuld	32,5 Mrd. Euro
Verteidigung	31,9 Mrd. Euro
Verkehr/Bau	25,9 Mrd. Euro
Neuverschuldung	22,5 Mrd. Euro
Investitionen	35,6 Mrd. Euro
Gesamt:	306,8 Mrd. Euro

Eine Tilgung von Staatsschulden ist seit der Wiedervereinigung 1991 nicht erfolgt. Die Verschuldung allein des Bundes betrug 2012 ca. 2.000 Mrd. Euro, das sind ca. 80% des BIP und ca. 15.000 Euro Schulden pro Einwohner.

2.5.3 Geld- und Währungspolitik

Geld ist das universelle Tauschmittel in der Wirtschaft. Man unterscheidet zwischen:

- Materialwert: Er liegt nur bei Münzen vor.
- Nominalwert: Er ist auf Münzen und Geldscheinen angeben.
- Realwert: Er gibt die Kaufkraft wieder und unterliegt Schwankungen.

Die **Kaufkraft** gibt an, welche Gütermenge für einen bestimmten Geldbetrag gekauft werden kann. Diese Gütermenge wird in einem sogenannten **Warenkorb**

in Form von typischen Haushaltsgütern zusammengefasst. Der Preis für diesen hypothetischen Warenkorb mit all seinen Gütern wird vom Statistischen Bundesamt jährlich neu ermittelt. Die Kaufkraft und damit der Geldwert sind immer dann stabil, wenn sich der Preis des Warenkorbs nicht verändert.

Steigt der Preis des Warenkorbs beispielsweise um 2 %, so hat sich der Lebenshaltungsindex um 2 % erhöht und die Kaufkraft ist um den gleichen Wert gesunken.

Sinkt der Geldwert in einem Jahr um mehr als 2 %, so spricht man von einer **Inflation**. Sinken die Preise für Güter aufgrund fehlender Nachfrage, so spricht man von einer **Deflation**.

Eine Inflation entsteht

angebotsbedingt durch Preiserhöhungen infolge von	nachfragebedingt durch Preiserhöhungen,
<ul style="list-style-type: none"> • Lohnerhöhungen oberhalb der Produktivitätssteigerung, • Steuererhöhungen, • steigende Kosten für Importe. 	wenn die Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen das Angebot übersteigt, z. B. bei Mietwohnungen in Ballungsräumen.

Es ist Aufgabe der 1998 gegründeten Europäischen Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt, den Geldwert des am 1. Januar 2002 eingeführten Euro stabil zu halten und damit die Inflationsrate gering. Dazu stehen ihr Mittel zur Steuerung der Geldmenge zur Verfügung (siehe Seite 41). Zusätzlich kann sie Wertpapiere und Staatsanleihen aufkaufen und so die Geldmenge erhöhen. Auch kann die EZB den nationalen Notenbanken der Eurozone Weisungen erteilen und den Leitzins festlegen.

Ebenso wird versucht, im Falle einer Deflation gegenzusteuern. Eine Deflation kann durch Kaufzurückhaltung, dann wenn die Verbraucher sinkende Preise erwarten, oder durch „Angstsparen“ entstehen, wenn die Verbraucher durch eine zu erwartende schlechte

wirtschaftliche Lage große Teile ihrer Einkommen nicht ausgeben, sondern ansparen. In der Folge sinkt die Nachfrage an Gütern, die Produktionszahlen gehen zurück, die Arbeitslosigkeit steigt an, die Steuereinnahmen sinken und es folgt ein Rückgang des BIP. Zur Bekämpfung einer Deflation greift die Zentralbank im Allgemeinen zu Zinssenkungen. Dies kann aber zu einem Zustand nicht mehr weiter steigender Geldnachfrage bzw. zu Zinsen nahe am Nullpunkt führen. Weitere Lösungsansätze werden in den Wirtschaftswissenschaften aktuell kontrovers diskutiert.

Als **Währung** wird das gesamte Geldwesen eines Staates beziehungsweise der Eurozone bezeichnet. Reisen Bürger in Länder außerhalb der Eurozone oder treiben Unternehmen Handel mit solchen Ländern, so brauchen sie Devisen. Devisen sind ausländische Zahlungsmittel. Der Preis für Devisen ist der **Wechselkurs**, er bildet sich an Devisenmärkten.

Steigt beispielsweise der Preis für den Euro auf dem Devisenmarkt, so spricht man von **Aufwertung**, fällt er, liegt eine **Abwertung** vor.

Ein „schwacher“ Euro (Abwertung)	Ein „starker“ Euro (Aufwertung)
<ul style="list-style-type: none"> • steigert den Export; Güter für Käufer außerhalb der Eurozone werden billiger. • macht den Import teurer; es müssen mehr Devisen aufgewendet werden. • verteuert Urlaubsreisen, Touristen erhalten weniger Devisen für den Euro. 	<ul style="list-style-type: none"> • vermindert den Export; Güter für die Käufer außerhalb der Eurozone werden teurer. • macht Importe billiger; es müssen weniger Devisen aufgewendet werden. • verbilligt Urlaubsreisen, Touristen erhalten mehr Devisen für den Euro.

Ziel der Regierungen der Eurozone, der Europäischen Kommission und der EZB ist es, den Wert des Euro gegenüber anderen Währungen stabil bis stark zu halten und Schwankungen zu minimieren. Der Außenwert des Euro beeinflusst aber nicht die Kaufkraft innerhalb der Eurozone, wohl aber die Preise für Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen.

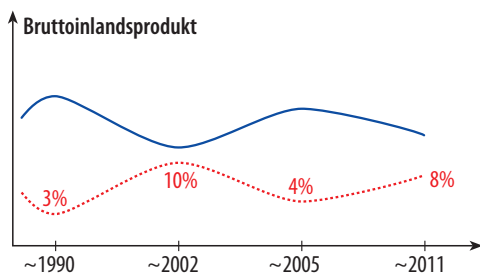
Aufgaben



Offene Aufgaben

Formulieren Sie Ihre Antworten in Stichpunkten und vermeiden Sie es, auf den vorhergehenden Seiten nachzusehen.

- 1 Nennen Sie Eingriffe des Staates in das System der sozialen Marktwirtschaft und beurteilen Sie diese.
- 2 Erläutern Sie, wie es auch in der sozialen Marktwirtschaft zu unerwünschten Vermögensanhäufungen und zu einer sozialen Schieflage kommen kann.
- 3 Unterscheiden Sie unterschiedliche Konjunkturverläufe nach ihren Ursachen.
- 4 Stellen Sie dar, in welcher Konjunkturphase des Kondratjew-Zyklus sich die Wirtschaft in Deutschland aktuell befindet.
- 5 Benennen Sie die Interessen, die der Staat an der Dämpfung von konjunkturellen Schwankungen hat.
- 6 Welche kurzfristigen Eingriffe des Staates beeinflussen den Konjunkturverlauf?
- 7 Beschriften Sie die Grafik und beschreiben Sie den Zusammenhang der beiden Kurven.
- 8 Erläutern Sie, warum man bei den wirtschaftlichen Zielen vom „magischen Sechseck“ spricht.
- 9 Beschreiben Sie, welche Möglichkeiten die EZB hat, den Konjunkturverlauf zu beeinflussen.
- 10 Stellen Sie dar, warum die Bekämpfung einer Inflation vermeintlich einfacher ist als die einer Deflation.
- 11 Erläutern Sie, welchen Einfluss die Staatsverschuldung auf den Spielraum des Staates hat, die Konjunktur zu beeinflussen.
- 12 Nennen Sie Fälle, in denen es zum Kaufkraftverlust im Inland kommen kann.
- 13 Erläutern Sie, warum EU und EZB trotz mancher Nachteile einen „starken“ Euro anstreben.
- 14 Nennen Sie Folgen, die ein „schwacher“ Euro für einen Touristen im EU-Ausland haben kann.



Zusammenhang: Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquote in %

Die Lösungen zum Überprüfen Ihrer Antworten finden Sie auf den Seiten 151–152.
Beantworten Sie nun die Multiple-Choice-Fragen.

Multiple-Choice-Fragen



Kreuzen Sie die richtige Lösung an!

1. Welche Maßnahme beeinflusst das System der sozialen Marktwirtschaft nur gering?

- 1 Rentenerhöhung
- 2 Intervention gegen Dumpingpreise von Textilien aus Bangladesch
- 3 Erhöhung der Mehrwertsteuer um 5 %
- 4 Kapitalverkehrskontrollen
- 5 Ausbau der Infrastruktur

2. Der Staat sichert in der sozialen Marktwirtschaft den Wettbewerb durch

- 1 gesetzliche Sozialversicherungen.
- 2 Tarifautonomie.
- 3 Steuerprogression.
- 4 Verbot von Kartellen.
- 5 Privateigentum an Produktionsmitteln.

3. Was kennzeichnet eine Rezession?

- 1 sinkende Arbeitslosenzahlen
- 2 steigende Zinsen
- 3 stabile Preise
- 4 Arbeitskräftemangel
- 5 steigende Arbeitslosenzahlen

4. Was kennzeichnet eine wirtschaftliche Hochkonjunktur?

- 1 hohe Beschäftigungsquote
- 2 geringer Export
- 3 niedrige Kreditzinsen
- 4 hohe Sozialausgaben
- 5 geringes Steueraufkommen

5. Was gibt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) an?

- 1 Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen eines Jahres
- 2 Lohnsumme eines Unternehmens eines Jahres
- 3 Summe aller Unternehmenskredite
- 4 Größe des Bundeshaushalts
- 5 Zahl der Arbeitslosen

6. Was lässt sich am Kondratjew-Zyklus erkennen?

- 1 saisonale Einflüsse auf die Konjunktur
- 2 Investitionsbereitschaft der Wirtschaft
- 3 revolutionäre technische Innovationen
- 4 kurzfristige Konjunkturprognose
- 5 Steigerungsrate des BIP in einem Jahr

7. Was ist *kein* Ziel des magischen Sechsecks

- 1 Vollbeschäftigung
- 2 stabile Preise
- 3 Wirtschaftswachstum
- 4 gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung
- 5 geringe Importquote

8. Welche Maßnahme zur Ankurbelung der Konjunktur ist nachfrageorientiert?

- 1 Steuererhöhungen
- 2 Steuersenkungen
- 3 Erhöhung des Kündigungsschutzes
- 4 Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes
- 5 Einführung einer Vermögenssteuer

9. Was bewirkt ein niedriger Leitzins der EZB?

- 1 Die Zinsen für Sichteinlagen steigen.
- 2 Baukredite werden teurer.
- 3 Die Sparquote erhöht sich.
- 4 Die Geldmenge wird größer.
- 5 Die Gütermenge wird größer.

10. Die Staatverschuldung

- 1 wird durch Inflation geringer.
- 2 fördert die Konjunktur.
- 3 schmälert die Staatsausgaben durch Zinsen.
- 4 erhöht die Staatsausgaben.
- 5 hat keinen Einfluss auf die Konjunktur.

Die Lösungen finden Sie auf Seite 152.